

KANOUN

Monatszeitschrift

Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge

Viertes Jahr - Nr. 2 : Februar 2009



Druck auf Mullah-Regime

Berlin will deutschen Handel mit Iran kappen

Die Bundesregierung sendet ein klares Signal an den neuen US-Präsidenten. Berlin gewährt deutschen Unternehmen künftig nur noch in Einzelfällen Hermes-Bürgschaften mehr für das Iran-Geschäft. Trotz deutlicher Warnungen der Regierungen waren die Exporte in den Iran zuletzt weiter gestiegen. Der internationalen Strategie im Umgang mit dem Mullah-Regime läuft das zuwider.

Seite 6



Der 30. Jahrestag der Islamischen Revolution

Terror nach innen und nach aussen

Im Iran ist der Tag der islamischen Revolution. Doch keine Freude ist in diesem Land zu spüren. 30 Jahre nach der Machtergreifung Khomeinis haben die Iraner genug von der Revolution – heute dominieren Terror, Armut, Drogen und Unterdrückung in dem Gottesstaat.

Der „Gottesstaat“ steht am Rande einer ökonomischen Implosion. Dreieinhalb Jahre Präsidentschaft Ahmadinejads haben den Iran an den Rand eines Finanzchaos getrieben. Das Loch in der Staatskasse wuchs unaufhörlich und der dramatische Preissturz der vergangenen Monate droht den Iran in die Katastrophe zu stürzen. Die Inflationsrate liegt bei 30 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei über 20. Jeder fünfte Iraner lebt unter der Armutsgrenze.

Seite 2



Der Simone de Beauvoir-Preis für iranische Frauenaktivistinnen

Seite 4



Iran: Sechs Menschen in 24 Stunden gehängt

Seite 5



Irans Wirtschaft droht der Kollaps

Seite 7



Ex-US-Verteidigungsminister warnt vor baldiger Iran-Atomkrise

Seite 8

Iran ist kein Rechtsstaat!

Der 30. Jahrestag der Islamischen Revolution

Terror nach innen und nach aussen

Im Iran ist der Tag der islamischen Revolution. Doch keine Freude ist in diesem Land zu spüren. 30 Jahre nach der Machtergreifung Khomeinis haben die Iraner genug von der Revolution – heute dominieren Terror, Armut, Drogen und Unterdrückung in dem Gottesstaat.

Der „Gottesstaat“ steht am Rande einer ökonomischen Implosion. Dreieinhalb Jahre Präsidentschaft Ahmadinejads haben den Iran an den Rand eines Finanzchaos getrieben. Das Loch in der Staatskasse wuchs unaufhörlich und der dramatische Preissturz der vergangenen Monate droht den Iran in die Katastrophe zu stürzen. Die Inflationsrate liegt bei 30 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei über 20. Jeder fünfte Iraner lebt unter der Armutsgrenze.

Nach der Rückkehr Khomeinis aus dem französischen Exil vor 30 Jahren erhofften sich vor allem die liberalen Kräfte der Revolution einen demokratischen Wandel. Doch stattdessen etablierte er ein theokratisches System.

Als Ayatollah Khomeini am 1. Februar 1979 aus dem französischen Exil in die iranische Hauptstadt Teheran zurückkehrte, bereiteten ihm über vier Millionen begeisterte Menschen einen triumphalen Empfang. Doch kaum hatte der Schiitenführer iranischen Boden betreten, machte er aus seinen politischen Ambitionen keinen Hehl: "Von jetzt an bin ich es, der die Regierung ernennt!", rief er den jubelnden Menschenmassen in Teheran zu.

Der tiefe Riss im Khomeini-Land

30 Jahre nach der iranischen Revolution vollzieht sich im Land ein religiöser Umbruch. Die Gesellschaft steht zwischen Tradition und Moderne. Der Riss zieht sich beinahe durch alle Bereiche der iranischen Gesellschaft. Er ist in der Wirtschaft mit ihrer heranwachsenden wirtschaftlichen und technologischen Elite zu erkennen, die eine andere Weltsicht hat als die traditionellen Basarhändler, und er teilt die Frauen in solche, die sich gehorsam ins Private zurückziehen, und jene vielen, die

angesichts der verordneten Ungleichheit um so entschlossener sind, ihr Leben selbst zu bestimmen. Der Riss verläuft zwischen den Generationen und geht durch viele Familien, in denen die Kinder nicht verstehen, warum ihre Eltern einst für dieses System zu sterben bereit waren, und die Eltern sich darüber entsetzen, dass ihre Kinder so leichtfertig vertun, was sie unter hohen Opfern erkämpft haben.

Inzwischen sind alle wichtigen reformorientierten Zeitungen verboten und zahlreiche Journalisten, Intellektuelle, Geistliche und Studentenfürher verhaftet worden. Viele iranischen Oppositionellen mussten das Land verlassen, und gerade in diesen Tagen stehen sieben Menschen vor Gericht, nur weil sie als Bahais der falschen Religion angehören. Das Land wird allein von Revolutionsführer Ali Chamenei und seinem Sicherheitsapparat beherrscht, aus dem auch Mahmud Ahmadinejad hervorgegangen ist. Mit ihm hat das Land einen Präsidenten, der die Steinigung wieder eingeführt hat und den Holocaust in Frage stellt. Die Öleinnahmen, die sich durch den Irakkrieg der Amerikaner verdreifacht haben, verprasst er an seine Unterstützer und ruiniert damit die Wirtschaft. Die Zukunft im Iran sieht dünnster aus. Deutet man die gegenwärtigen Signale richtig, spricht vieles dafür, dass Teheran die Chance zu einem umfassenden Reform und dem Ende der Isolatio ungenutzt verstreichen lassen wird.



Doch trotz aller Brutalität wird der Putsch, mit dem die radikalen Kräfte den Teheraner Frühling beendet haben, den gesellschaftlichen und geistigen Wandel nicht aufhalten. Die Veränderung einer Gesellschaft geschieht langsamer als die Abwahl einer Regierung oder die Revolution eines politischen Systems. Dafür ist sie unumkehrbar. ■

Iran ist kein Rechtsstaat!

Mehdi Rezaei

Hinter verschlossenen Türen

Schlagworte wie Demokratie, Freiheit, Unabhängigkeit mögen schön klingen. Sie sind die Errungenschaften des Westens, wofür die Europäer jahrhundertlang gekämpft haben. Ein gutes Vorbild für den Iran, für ein Volk, das die ersten Schritte für ein demokratisches System im Nahen Osten vor ungefähr 100 Jahren getan hat. Für ein Volk, dessen fundamentalistisches Regime sich heute wegen seines Atomprogramms und wegen seiner mittelalterlichen Ideologie in einer Sackgasse befindet.

Jedem ist klar: Solange das Regime im Iran über Öleinkommen verfügt, können westliche Sanktionen das Land nicht empfindlich treffen. Es gäbe genügend Maßnahmen um es in die Knie zu zwingen. Man könnte zum Beispiel den Benzinexport¹ in den Iran sowie Öl und Gas boykottieren. Die iranische Wirtschaft ist stark von diesen Rohstoffen abhängig. Man könnte die elektronische Post sperren, der iranischen Luftfahrt die Landung auf europäischem Boden verweigern usw. um das Regime von seinem Bestreben abzubringen, ohne es mit einer militärischen Operation zu bedrohen. So würde sich das Volk angegriffen fühlen und natürlicherweise hinter dem Regime stehen. Boykotte können dazu führen, dass das Volk endlich aufsteht und sein Schicksal in die Hand nimmt.

Ist der Westen bereit das iranische Öl zu boykottieren? Ist der Westen bereit auf Geschäfte mit dem Regime im Iran in einer großen Kapazität zu verzichten? Die Antwort, die seit Jahren genau gleich aber in unterschiedlichen Formen ausgedrückt wird, fällt eindeutig mit „Nein“ aus.

Einerseits werden Resolutionen gegen den Iran verhängt und andererseits werden Geschäfte mit dem Iran abgeschlossen. Einerseits spricht man von einem Gas-Ölboykott andererseits aber schließen die Europäer am helllichten Tag Gasverträge mit dem Iran ab.

Ein Überblick über die Rolle des Westens im Iran in den letzten Jahren

Wenn man sich die Geschichte in Erinnerung ruft, dann findet man schon heraus, dass die Politik der Amerikaner und des Westens an ihr Ziel zu kommen, immer dieselbe gewesen ist. Was diese Regierungen voneinander unterschied, waren die Wege, die sie sich überlegt haben, um ihre Ziele zu erreichen.

Im August 1953 haben die USA durch einen von der CIA organisierten Putsch die demokratische Regierung

von Mohammad Mosadegh zum Sturz gebracht. Danach wurde der geflüchtete Schah aus dem Exil zurückgeholt.²

Später sind die Fundamentalisten durch eine Revolution, die auch vom Westen beeinflusst wurde, an die Macht gekommen. Da sie sich antiwestlich positioniert hatten und die Interessen der USA in Frage gestellt hatten, entschied sich der Westen, Saddam Hussein zu einem Krieg gegen den Iran zu animieren.

Der irakische Diktator wurde von den USA sowie von westeuropäischen Staaten mit modernsten Waffen ausgerüstet. Die Rüstungsindustrie verkaufte Waffen an beide Kriegsgegner. 8 Jahre Krieg, eine Million Tote auf beiden Seiten und keiner der Staaten war an einem Ende dieses Krieges interessiert.

Der Westen und seine Rolle in der heutigen Situation des Irans

Der Sohn vom im Exil verstorbenen König wird ins Englische Parlament eingeladen um eine Rede zu halten. Der Name der größten iranischen Opposition im Exil, „Mojahedin“, ist von der Terrorliste Europas gestrichen worden.

Obama spricht von einem neuen Ton und Stil, von einer Diplomatie dem Iran gegenüber.

Hillary Clinton bietet dem iranischen Regime ein Gespräch an.

Die iranische Lobby wird immer aktiver in den USA.

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Schröder wird bald in den Iran reisen.

Das Volk muss(te) immer zwischen dem König und dem Mullah eine Wahl treffen. Wenn das Regime im Iran die Interessen des Westens in Frage stellt, nicht mehr kooperiert, dann wird ihm vom Westen eine Alternative gestellt.

Verhandeln mit dem Iran hat keine Bedeutung außer der Verletzung der Menschenrechte, außer Anerkennung eines faschistischen Regimes im Nahen Osten und außer der Garantie einer Existenzsicherheit des Regimes.³

1. Iran importiert Benzin im Betrag vom mehr als 5 Milliarden Dollars jährlich, da ihm die Raffinerien fehlen.

2. Erst unter Präsident Clinton haben sich die USA für diesen Fehler entschuldigt.

Der unerklärte Weltkrieg von Bahman Nirumand. S 89

3. Über 90 Prozent der Bevölkerung ist gegen das Regime.

Der Simone de Beauvoir-Preis für „Eine-Millionen-Unterschriften-Sammeln“ Kampagne aus Iran



Seit 2 Jahren wird in Frankreich der Simone de Beauvoir-Preis an Frauen oder Organisationen, die sich für die Rechte der Frau in aller Welt einsetzen, verliehen. Die Jurie ist von zwanzig internationalen Persönlichkeiten, darunter Philosophen/innen, Schriftsteller/innen, Soziologen/innen und Politiker/innen besetzt.

Dieses Jahr ist es die „Eine-Millionen-Unterschriften-Sammeln“ Kampagne aus Iran, der dieser Preis verliehen wird. Die Stiftung will betonen, dass der Kampf um die Rechte der Frauen nicht nur die westlichen Frauen betrifft, sondern eine internationale Angelegenheit ist.

In einem Interview mit Radio France hat Frau Kristeva erklärt, dass die Aktion der iranische Frauen eine einzigartiger Kampf ist, da sie nicht durch die Initiative einer bekannten Persönlichkeit zu Stande gekommen ist, und dass sich viele Frauen aus verschiedenen Schichten und mit verschiedenen Weltanschauungen bemühen, die einzelnen Frauen zu erreichen und sie persönlich über die diskriminierende Gesetze im iranischen Rechtssystem zu informieren. Frau Kriteva erklärte weiter, dass ihre Stiftung mit diesem Preis ihre Zuneigung und Solidarität mit den iranischen Frauen zum Ausdruck bringen möchte.

Frauenrechtsaktivistin im Iran festgenommen

Im Iran ist eine Aktivistin festgenommen worden, die sich für Frauenrechte einsetzt. Ihre Anwältin erklärte, Nafiseh Asad sei am Freitag, den 30 Januar von der Polizei abgeführt worden, als sie Unterschriften gesammelt habe. Die Aktivistin fordert gleiche Rechte für Frauen in der Ehe, im Fall einer Scheidung und im Erbrecht. Die Anwältin betonte, das Sammeln von Unterschriften sei nicht illegal.

In den vergangenen drei Jahren wurden jedoch immer wieder Frauen festgenommen, die gleiche Rechte einforderten. Im Iran brauchen Frauen die Erlaubnis eines männlichen Vormunds, um heiraten zu können. Nur Männer können eine Scheidung beantragen und Söhne erben von ihren Eltern doppelt so viel wie Töchter.

Verhaftungen von anderen Aktivistinnen

Die Internetseite Änderung- für- Gleichberechtigung berichtet, dass neben Nafisse Azadi zwei andere Mitglieder der Eine-Millionen-Unterschriften-Sammeln Kampagne im Gebirgswanderort Tochal verhaftet worden sind. Bigard Ebrahimi und eine Begleiterin wurden während ihrer Unterschriften -Sammeln – Aktion in Tochal verhaftet und nach einige Stunden Aufenthalt in der Gebirgswachenstation in die Haftanstalt Wozara eingeliefert.

Mehrere Angehörige der Bahai-Religion in Teheran verhaftet

Iranische Geheimdienstagenten haben am Morgen des 14. Januar Razzien in mindestens elf Wohnungen von Angehörigen der Bahai-Religion in Teheran durchgeführt und willkürlich mindestens sechs Angehörige der Bahai-Religion in Teheran verhaftet. Computer, Mobiltelefone, private Notizen, Bücher und Photos wurden konfisziert. Fünf von ihnen wurden in das berüchtigte Evin-Gefängnis geführt.

Wie die Campaign for equality meldete, hatten einige von ihnen juristische Texte in inländischen Zeitschriften veröffentlicht.

Diane Ala'i, Repräsentantin der Internationalen Bahai-Gemeinde bei den Vereinten Nationen sagte über die Verhaftungen gegenüber eine iranische Exil Radio Farda: „Der Grund der Verhaftung dieser Personen ist ihr Glaube an die Bahai-Religion.“

Zudem wurde bekannt, dass am 14.1.2008 einige Bahai-Studenten, die bisher an der Universität der iranischen Stadt Kerman studierten, exmatrikuliert, nur weil sie Bahai sind.



Iran: Sechs Menschen in 24 Stunden gehängt



Sechs Gefangene wurden durch die Justiz der Mullahs in der Stadt Mashhad und in Isfahan gehängt. Dies berichten staatliche Medien.

Die Identitäten der vier Männer, die in Mashhad gehängt wurden, wurden nicht veröffentlicht, berichtet die Staatliche Tageszeitung Khorasan. Sie waren zwischen 18 und 20 Jahre alt. Die Gefangenen, die in Isfahan gehängt wurden, hatten die Namen Ahmad A. und Reza A. Dies berichtet die halbstaatliche Presseagentur Fars.

Allein in den letzten 10 Tagen hängte das mittelalterliche Mullahregime 36 Gefangene. Am 31. Januar 2008 ordnete der Vorsitzende der Justiz, Mahmoud Hashemi Sharoudi, an, dass Todesstrafen nur noch hinter verschlossenen Türen zu erfolgen habe.

Wir haben wiederholt gesehen, dass Menschen ihre Sympathie mit den Menschen zeigten, die öffentlich gehängt wurden. Manche Menschen zeigten sogar ihre Abscheu über die Vollstreckung der Hinrichtung“, sagte ein begleitender Anwalt für Hinrichtungen im Teheraner Büro für Kriminalverfolgung.

Neue Verbotswelle im Iran Zwei kritische Titel wurden verboten



Die iranischen Behörden verschärften ihre Gangart gegen kritische Medien. "Hamshahri", auflagenstärkste Tageszeitung des Iran mit einer halben Million verkauften Exemplaren, verwarnten sie wegen einer Reportage über Drogenprobleme im Iran. Verwarnungen gelten als Vorstufen für Erscheinungsverbote. "Hamshahri" kritisiert vermehrt die Regierung von Präsident Mahmud Ahmadinejad.

Eine neue Welle der Verbote setzt die Medienszene im Iran unter Druck. Zwei kritische Titel wurden verboten. Kargosaran etwa veröffentlichte den Protestbrief einer Studentengruppe, die sich kritisch zum Konflikt zwischen Israel und Hamas in Gaza äusserte. Parallel zum Verbot unabhängiger Medien starteten neue konservative Blätter, die trotz grossen Aufwands wenige Leser finden.

Der neue persische Kanal der BBC in Farsi für den Iran sorgt für zusätzliche Nervosität. Die britische Anstalt ist dort längst der beliebteste Sender. Viele emigrierte unabhängige Journalisten arbeiten für sie.

"Nicht gut für die nationale Sicherheit"

Der Chef des iranischen Geheimdienstes drohte jedoch, gegen das Programm vorzugehen. Das BBC-Fernsehen sei "nicht gut für die nationale Sicherheit". Teheran werde Schritte einleiten, um den Plan zu durchkreuzen. Ein BBC-Sprecher sagte, Ziel sei es, über das Weltgeschehen unabhängig und ausgewogen zu berichten. "Der Kanal hat dieselben Ziele und Werte wie all die anderen BBC-Produkte", sagte BBC-World-Service-Direktor Nigel Chapman.

Der persische BBC-Fernsehsender wird von der britischen Regierung finanziert und kostet rund 15 Millionen Pfund (16,6 Millionen Euro) pro Jahr. Innerhalb von zwei Jahren sollen zehn Millionen Menschen erreicht werden, der Grossteil davon im Iran.

Irans Informationsminister Mohsen Ejeie warnte nun Journalisten und Wissenschaftler, die mit ausländischen Medien zusammenarbeiten: Man werde ihre Tätigkeit, "genau unter die Lupe nehmen". Keine neue Warnung, aber ein Zeichen der Nervosität, meinen die unabhängigen Journalisten im Iran, die ihre Meinung wegen Einschränkungen in Interviews und Artikeln bei ausländischen Medien äussern.

Nur zwei Tage zuvor wurde im Iran Anklage gegen vier Personen wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den USA erhoben. Unter ihnen zwei als HIV-Spezialisten bekannte Mediziner.

Druck auf Mullah-Regime Berlin will deutschen Handel mit Iran kappen



Die Bundesregierung sendet ein klares Signal an den neuen US-Präsidenten. Berlin gewährt deutschen Unternehmen künftig nur noch in Einzelfällen Hermes-

Bürgschaften mehr für das Iran-Geschäft. Trotz deutlicher Warnungen der Regierungen waren die Exporte in den Iran zuletzt weiter gestiegen. Der internationalen Strategie im Umgang mit dem Mullah-Regime läuft das zuwider.

Deutsche Unternehmen erhalten künftig keine Hermes-Bürgschaften mehr für ihr Iran-Geschäft. Das erfuhren das Handelsblatt aus Kreisen der Industrie und der Bundesregierung. Demnach hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) angewiesen, die Vergabe von Hermes-Exportbürgschaften zu stoppen. Nur in Einzelfällen soll es Ausnahmen geben, aber nur für Geschäfte mit geringem Umfang.

Damit reagiert Berlin auf die wachsende Kritik seiner Partner. Vor allem die USA und Israel kritisieren, dass der deutsche Handel mit Teheran 2008 deutlich gewachsen ist - obwohl die Uno wegen des iranischen Atomprogramms Sanktionen verhängt und die Bundesregierung die Wirtschaft selbst vor legalen Neugeschäften gewarnt hatte. Dennoch waren die deutschen Exporte bis Ende November um 10,5 Prozent auf 3,58 Mrd. Euro gestiegen.

Merkel, Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), aber auch Frankreich und Großbritannien wollen jetzt mit härteren Sanktionen gegen Teheran das erwartete direkte Gesprächsangebot des neuen US-Präsidenten Barack Obama an Iran flankieren.

Seit Jahren fährt die internationale Gemeinschaft eine Doppelstrategie: Iran soll einerseits belohnt werden, wenn es auf die Entwicklung waffenfähiger Atomtechnologie verzichtet. Gleichzeitig aber droht die Uno mit neuen Sanktionen, sollte Iran sich

weiter weigern, die Resolutionen des Sicherheitsrates umzusetzen.

In diese Strategie fügt sich die Entscheidung der Bundesregierung zur drastischen Kappung der Hermes-Bürgschaften ein, die faktisch den Wegfall der Absicherung deutscher Ausfuhren in den Iran bedeutet. Das Bundeswirtschaftsministerium räumte ein, "nur noch sehr kleine Lieferungen" mit Hermes-Bürgschaften sichern zu wollen. Die noch im Iran-Geschäft tätigen deutschen Firmen verärgert dies, weil die Regierung auch das bislang von Sanktionen unberührte Exportgeschäft ins Visier nimmt. Gerade Maschinenbauer fürchten jetzt Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Konkurrenten.

Auch in der EU ist die Iran-Strategie umstritten. "Es ist sicher richtig, immer Zuckerbrot und Peitsche in der Hand haben", sagte der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg als Vertreter der amtierenden EU-Ratspräsidentschaft, dem Handelsblatt. "Aber Sanktionen müssen gut überlegt sein. Wir sollten nicht nach dem Motto verfahren: Wir verhängen Sanktionen, um sagen zu können, wir haben etwas getan." Auf keinen Fall dürften Sanktionen die breite Bevölkerung treffen. "Dies führt immer zu einer Solidarisierung sogar mit den unerfreulichsten Regimen."

Die EU-Außenminister werden in Brüssel über das weitere Vorgehen beraten. Nach Informationen des Handelsblatts telefonierte der iranische Außenminister Manucher Mottaki mit mehreren europäischen Außenministern.

Die neue US-Regierung überlegt derzeit, ob sie das versprochene direkte Gesprächsangebot an Teheran nicht erst nach den iranischen Präsidentschaftswahlen Mitte Juni machen sollte. Dann ergäbe sich die Chance, Gespräche mit einem anderen, politisch unbelasteteren iranischen Präsidenten zu führen.

Der schärfere Kurs der Bundesregierung hat noch einen weiteren Grund: So hat Israel bei den engen Absprachen zur Beendigung des Gaza-Krieges gewarnt, man werde beim Ausbau des iranischen Atomprogramms notfalls einseitige Massnahmen ergreifen.



USA ermitteln gegen europäische Banken Financiers des Bösen

Europäische Banken sollen in den USA illegalerweise Geschäfte mit terroristisch eingestuft Staaten wie Iran, Sudan und Libyen gemacht haben. Nun ermitteln die Behörden.

Das US-Justizministerium und der Bezirksstaatsanwalt von Manhattan ermitteln gegen zehn Grossbanken aus Europa, die in den USA illegal verschleierte Finanztransaktionen in Milliardenhöhe für Iran, Sudan und Libyen abgewickelt haben sollen.

US-Sanktionen verbieten es amerikanischen Instituten, Geschäfte mit Kunden aus diesen Ländern zu machen, wobei die Strafmassnahmen gegen Libyen 2004 aufgehoben wurden.

In einigen Fällen soll das Geld laut den Ermittlern dazu gedient haben, Einkäufe für Irans Atom- oder Raketenprogramm zu bezahlen. Laut dem Wall Street Journal richten sich die Untersuchungen auch gegen eine Bank aus Deutschland.

Die Ermittlungen wurden in der Nacht zum Samstag bekannt, als die US-Justizbehörden in einer Pressekonferenz mitteilten, die britische Bank Lloyds TSB habe in der Sache eine Strafe von 350 Millionen Dollar akzeptiert.

Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Das Institut muss Behörden und Geheimdiensten in den USA seine Bücher öffnen, damit alle Überweisungen zurückverfolgt werden können. Sofern die Ermittler nicht zum Schluss kommen, Lloyds-Mitarbeiter hätten wissentlich terroristische Organisationen oder die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen unterstützt, werden alle strafrechtlichen Verfahren in zwei Jahren eingestellt. Das geht aus der Vereinbarung zwischen Lloyds TSB und der Justiz hervor.

Die Bank räumte ein, dass Filialen in Grossbritannien, Dubai und Tokio zwischen 1995 und 2004 manipulierte Überweisungen iranischer

Banken an Empfänger in den USA oder für in Dollar zu begleichende Geschäfte über das elektronische Zahlungssystem Swift an US-Banken weitergeleitet haben.

Um die Herkunft der Zahlungen zu verschleiern, entfernten Mitarbeiter Adressen, Firmennamen und Auftraggeber aus den zu übermittelnden Daten, die auf eine Verbindung zu Iran hingedeutet hätten. Indem sie vorgaukelten, die Zahlungen seien von Lloyds TSB ausgegangen, überlisteten sie die elektronischen Filter der US-Institute, die sonst die Überweisungen blockiert hätten. Die anderen Banken sollen ähnlich vorgegangen sein.



Irans Wirtschaft droht der Kollaps

Es sollte eigentlich eine willkommene Nachricht der Zentralbank für den wegen der Wirtschaftskrise unter Druck geratenen iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad sein: Die Inflationsrate im Gottesstaat sank im Dezember 2008 auf 26,4 Prozent, im November hatte sie – nachdem sie Mitte 2008 schon die 30-Prozent-Marke zu knacken drohte – noch 28,3 Prozent betragen.

Wirklich freuen kann sich Ahmadinejad über diesen kleinen Trost nicht, denn bei seinem Amtsantritt im August 2005 lag die Inflation noch bei etwa 11 Prozent. "Ahmadinejad hat den Iran an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben und wurde durch die Teuerungswelle und den sinkenden Ölpreis selbst zu einem Schrecken", kommentiert ein mächtiger "Bazari" (Händler) in Teheran.

Nach dem Rückgang des Ölpreises um 60 Prozent stösst diese Politik von Subventionen nun an ihre Grenzen. Ähnlich wie in den 70er Jahren unter dem Schah drohen dem Iran nun gravierende politische und wirtschaftliche Probleme. Der Sinkflug des Ölpreises, die immer teureren Grundnahrungsmittel und die steigenden Alltagskosten haben dem Regime in Teheran einen gewaltigen Strich durch die Rechnung gemacht. Eine Notbremse wurde schon gezogen: Teheran hat im Gleichklang mit der Opec seine Ölfördermenge ab 2009 um 326.000 Barrel am Tag reduziert. Ob das allein reicht, um die Krise zu meistern, darf bezweifelt werden. ■



Abgefangener Brief: Iran hilft Al Qaeda

Verbindungen zwischen Iran's Revolutionsgarde und Al-Qaeda kamen ans Tageslicht, nachdem ein Brief von der Führerschaft der Terroristen Gruppe abgefangen wurde, der Teheran's Unterstützung an der kürzlichen Attacke gegen die US Botschaft im Jemen lobte. In dem Anschlag starben 16 Personen.

Der Brief deutete auf die zunehmende Rolle von Saad bin Laaden, ein Sohn von Osama, dem Anführer von al-Qaeda, als Unterhändler der Organisation im Iran. Saad bin Laden (29) lebt, scheinbar unter Hausarrest, im Iran seit dem Fall der Taliban in 2001. Der Brief, unterzeichnet von Ayman al-Zawahiri, dem al-Qaeda Vize, wurde geschrieben nach dem Angriff auf die US Botschaft in Jemen durch simultane Auto-Selbstmord-Bomben im September.

Westliche Security Offizielle sagten der Brief dankte der Führung der Revolutionsgarde für die erstattete Hilfe an Al-Qaeda beim etablieren eines verborgenen Networks im Jemen, der inzwischen 10 al-Qaeda Attacken im vergangenen Jahr erleiden musste, darunter 2 Bomben Anschläge gegen die US Botschaft.

Waffenlieferung aus Iran an Palästina abgefangen?



Ein Frachter, der Waffenmunition aus dem Iran geladen haben soll, wird seit 31. Januar von

zyprischen Behörden unter die Lupe genommen. Wie der zyprische Rundfunk (RIK) berichtete, wird vermutet, dass das unter zyprischer Flagge fahrende Schiff einer russischen Reederei Munition nach Syrien bringen sollte. Die USA gingen davon aus, dass die Munition dann an radikale Palästinenserorganisationen weiter geleitet werden sollte. Der Frachter wurde von amerikanischen Kriegsschiffen im östlichen Mittelmeer aufgehalten und zum zyprischen Hafen von Limassol eskortiert worden.



Ex-US-Verteidigungsminister warnt vor baldiger Iran-Atomkrise



William Perry prophezeit, dass der künftige US-Präsident Obama "fast sicher" mit einer ernsten Krise mit dem Iran konfrontiert sein werde.

Der Iran bewege sich unaufhaltsam darauf zu, eine Atommacht zu werden.

"Der Iran bewegt sich unaufhaltsam darauf zu, eine Atommacht zu werden, mit bedrohlichen Folgen für den Nahen Osten". Das erklärte der frühere US-Verteidigungsministers William Perry.

Es sei klar, dass Israel nicht untätig bleiben werde, während der Iran die letzten Schritte hin zur Atommacht unternehme, sagte der Perry bei einer Konferenz über die aussenpolitischen Herausforderungen für die neue Obama-Administration. Während die Hoffnung bestehe, das nordkoreanische Atomprogramm durch internationalen diplomatischen Druck zu stoppen, sei er beim Iran weniger zuversichtlich.

"Präsident Obama wird fast sicher mit einer ernsten Krise mit dem Iran konfrontiert werden", prophezeite Perry - und zwar schon in seinem ersten Jahr im Amt. Keines der mit der Atomkrise verbundenen Probleme könne unilateral gelöst werden.

Obama für "harte und direkte Diplomatie"

Obama bevorzugt nach eigenen Worten harte und direkte Diplomatie gegenüber dem Iran ohne Vorbedingungen. Seine Regierung wolle zusammen mit ihren Verbündeten eine umfassende Lösung erzielen, um Teherans nukleare Bestrebungen zu stoppen.

Israel hat wiederholt erklärt, es werde keinen nuklear bewaffneten Iran hinnehmen.

